

## "Transiteinigung mit EG" in Wiener Zeitung (1. Mai 1992)

**Quelle:** Wiener Zeitung. 01.05.1992, n° 102. Wien.

**Urheberrecht:** (c) Wiener Zeitung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"transiteinigung\\_mit\\_eg"\\_in\\_wiener\\_zeitung\\_1\\_mai\\_1992-de-a7447c87-756f-43fb-b5f6-0780f6f262a5.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

EG bekam 1,263 Millionen Transitfahrten zugestanden

## Transiteinigung mit EG

**Nach zähen Verhandlungen, die bis Donnerstag 5 Uhr früh dauerten, einigten sich Verkehrsminister Viktor Klima und EG-Verkehrskommissar Karel van Miert in Brüssel über die Zahl der Transitfahrten, die dem bilateralen Transitabkommen zugrundegelegt werden. Damit steht der beabsichtigten gleichzeitigen Unterzeichnung des Transitabkommens und des EWR-Vertrags am kommenden Samstag bei Porto in Portugal nichts mehr im Wege. Laut Klima wurde die Zahl der Transitfahrten des Jahres 1991 mit 1,200.000 festgesetzt.**

Die EG hatte zuletzt eine Schätzung von 1,300.000 Fahrten abgegeben, Österreich war in die Verhandlungen mit 1,150.000 Fahrten gegangen.

Der Grund für die Annäherung und das teilweise Zugeständnis an die EG liegt laut Klima in sehr großen Abweichungen in den Aufzeichnungen, die von den EG-Ländern Großbritannien, Luxemburg und den Niederlanden vorgelegt wurden, was mit Schätzungsgenauigkeiten begründet wurde.

Österreich hatte nämlich für die Verhandlungen in der vergangenen Nacht verlangt, daß die Gesamtzahl der EG-Fahrten nach den einzelnen Mitgliedsländern aufzuschlüsseln sei.

Zur Berechnung der Ökopunktezahl wird ferner ein Kontingent von 10.000 Fahrten zu berücksichtigen sein, die einen Ausgleich für die besondere Situation aufgrund der Jugoslawienkrise darstellen, heißt es aus dem Verkehrsministerium. Auch werde ein Sonderkontingent für Griechenland und die neuen Bundesländer in Deutschland — zusammen 53.000 Fahrten — für die Berechnung der Ökopunkte dazuzurechnen sein, das Österreich bereits im Vorjahr zugestanden hat. Addiert man diese Fahrten zu dem gestern erzielten Kompromiß, macht die Berechnungsbasis 1,263.000 Fahrten aus.

Mit der Einigung zwischen Wien und Brüssel im Alpentransitstreit ist der Weg für die Unterzeichnung des EWR-Vertrages am kommenden Samstag frei geworden. Das Ergebnis wurde den Brüsseler Vertretern der EG-Regierungen am Donnerstagvormittag zur Billigung vorgelegt. EG-Verkehrskommissar van Miert erklärte vor der Presse, daß es sich nur mehr um eine Formsache handle. Die EG hatte eine Lösung für den Alpentransit zur Voraussetzung für die Unterzeichnung des EWR-Vertrages am 2. Mai gemacht.

Klima erklärte vor seinem Rückflug nach Wien, daß man ein „ehrenvolles Resultat“ erzielt habe. Van Miert stimmte mit dem neuen Verkehrsminister überein, daß es „weder Sieger noch Verlierer“ gegeben habe. Die Probleme seien vor allem auf die schwierige technische Materie zurückzuführen gewesen. Ursprünglich war die EG von 1,7 Millionen Transitlizenzen für 1991 ausgegangen, reduzierte ihr Verhandlungsziel dann aber auf 1,3 Millionen Fahrten, um schließlich bei 1,263 Millionen abzuschließen. Österreich war zuletzt von 1,21 Millionen Transitfahrten ausgegangen.

Österreich sei es mit dem Transitvertrag als einzigem Land gelungen, mit der EG eine schrittweise Herabsetzung der Umweltbelastung auszuhandeln, womit ein vollkommen neuer Weg in der europäischen Verkehrspolitik eingeschlagen werde, stellte Bundeskanzler Franz Vranitzky fest. Verkehrsminister Klima habe damit den Weg freigemacht, daß der Vertrag über den EWR unterschrieben werden könne.

Österreich, das dabei von keinem einzigen Land Europas unterstützt wurde, habe sich im Transit „selbst auf die Füße gestellt und dabei einen Erfolg erzielt“, der Exverkehrsminister Streicher gutzuschreiben sei. Zur Frage, ob sich Österreich bei den jüngsten Verhandlungen taktisch klug verhalten habe, erinnerte Vranitzky daran, daß die EG die Verhandlungen bei 1,7 Millionen Fahrten begonnen habe, letztlich seien aber 1,26 Millionen vereinbart worden. Ob das von der EG „taktisch klug gewesen sei“, sei ebenfalls zu hinterfragen.

FPÖ-Obmann Jörg Haider hat den Transitvertrag als eine Aufgabe österreichischer Interessen zugunsten der EG scharf kritisiert und angekündigt, die FPÖ werde einen Antrag der Grünen auf Abhaltung einer Sondersitzung des Nationalrates zu diesem Thema unterstützen und gegebenenfalls selbst einen derartigen

Antrag einbringen. Gleichzeitig schloß der FPÖ-Chef einen Mißtrauensantrag gegen Bundeskanzler Franz Vranitzky bzw. den Verkehrsminister nicht aus.

Darauf angesprochen, ob der Abschluß des Transitvertrags eine Haltungsänderung der FPÖ in Richtung einer Wahlempfehlung für den ÖVP-Kandidaten Thomas Klestil bewirken könnte, betonte Haider, es bleibe dabei, „daß wir nicht einen der beiden Kandidaten ad personam empfehlen werden“. Im übrigen sei Streicher in die letzte Verhandlungsphase nicht eingeschaltet gewesen.

Verkehrsminister Viktor Klima habe in Brüssel ein für Österreich vertretbares Ergebnis erzielt, stellten Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel und Außenminister Alois Mock in einer ersten Reaktion zur Transiteinigung fest. Es handle sich um einen „guten Kompromiß nach harten Verhandlungen“. Die nunmehr festgelegte Zahl der Transitfahrten liege deutlich unter den früher von der EG geforderten Fahrtgenehmigungen.

„Minister Klima kann nun jene Suppe auslöffeln, die ihm sein Vorgänger Streicher mit dem schwammigen und unpräzisen Transitvertrag eingebrockt hat“, meint der Verkehrssprecher der Grünen, Anschöber.

Die grüne Nationalratsfraktion werde nun alle Vorbereitungen für eine Sondersitzung des Nationalrates treffen. Außerdem zieht Anschöber einen parlamentarischen Mißtrauensantrag in Erwägung.

Das Transitforum Tirol spricht von einem „faulen Kompromiß“ und findet das Zugeständnis an die EG von mehr als 100.000 Fahrten „sachlich durch nichts gerechtfertigt“.

Die Ökopunkteregelung beginne sinnvollerweise erst am 1. Jänner 1993, um das Rumpfsjahr 1992 auszulassen, sagte Sektionsleiter Günther Hanreich aus dem Verkehrsministerium. Dafür werde 1993 gleichzeitig um die Ökopunkte für die beiden Jahre abgesenkt, also um 12 Prozent.

SP-Präsidentschaftskandidat Rudolf Streicher äußerte sich zufrieden, daß der paraphierte Transitvertrag jetzt unterschrieben wird. Dieser sei ein Beweis dafür, daß auch ein kleines Land wie Österreich seine berechtigten Interessen erfolgreich durchsetzen könne. Mit dem Transitabkommen habe Österreich die Garantie, daß die aus dem Transitverkehr entstehenden Schadstoffe bis zum Jahr 2003 um 60 Prozent reduziert werden. Streicher bekräftigte seine Position, wonach für ihn ein EG-Beitritt nur in Frage komme, wenn die Inhalte des Transitvertrages gewahrt bleiben.

SPÖ-Klubobmann Willi Fuhrmann sprach von einer „künstlichen Aufregung um die erfolgreiche Transiteinigung von Verkehrsminister Viktor Klima“. Die Grünen warnte Fuhrmann, „FPÖ-Führer Jörg Haider auf den Leim zu gehen und gemeinsam eine Sondersitzung des Nationalrates zu fordern“.

SPÖ-Zentralsekretär Josef Cap wies die Kritik von FPÖ und Grünen als unsachlich zurück. Besonders absurd seien die von Haider angedrohten Mißtrauensanträge gegen Bundeskanzler Vranitzky und Verkehrsminister Klima.

SPÖ-Verkehrssprecher Franz Hums stellte fest, daß mit dem Transitabkommen die Fahrzeugindustrie gezwungen werde, möglichst rasch umweltfreundlichere Fahrzeuge zu produzieren. Ein ähnlicher Druck auf die Industrie sei bereits mit Streichers Nachtfahrverbot für laute Lkw ausgeübt worden.

ÖVP-Verkehrssprecher Helmut Kukacka sprach von einem „gerade noch vertretbaren Kompromiß“ im Transitkonflikt mit der EG. Vorrangig sei, daß damit das große Hindernis für einen EWR-Vertrag endlich ausgeräumt sei.